

4. Keine Subventionierung der persönlichen Work-Life-Balance

Postulat Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Angie Romero (FDP, Zürich) und Doris Meier (FDP, Bassersdorf) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 230/2022, RRB-Nr. 1096/24. Augsut.2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 24. August 2022 bekanntgegeben. Der erste Unterzeichner hat die Motion an der Sitzung vom 31. Oktober 2022 in ein Postulat umgewandelt. Der Rat hat zu entscheiden.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Die Zeiten ändern sich und mit ihnen ändern sich eben auch unsere Lebens- und Arbeitsmodelle. Viele Menschen sind heute nicht mehr zwingend darauf angewiesen, Vollzeit zu arbeiten. Sie entscheiden sich gelegentlich für mehr Freizeit und weniger Lohn oder für gänzlich andere Lebensmodelle. Das ist völlig legitim und irgendwie auch erfreulich, zeugt es doch von unserer hohen Produktivität im Land. Es ist aber nur dann legitim, solange die übrige Bevölkerung für diesen individuellen Entscheid nicht über Gebühr aufkommen muss. Definitiv nicht legitim ist es, wenn man durch freiwilligen Arbeitsverzicht in Subventionssysteme rutscht, sei es bei den Prämienverbilligungen, sei es beim gemeinnützigen Wohnen, bei der Kita, dem Hort oder was auch immer, und solche Subventionen ohne das Vorliegen einer echten Bedürftigkeit auch noch annimmt. Unsere sozialen Errungenschaften, die auf Umverteilung beruhen, wurden für bedürftige Menschen geschaffen, nicht für Work-Life-Balance-Optimierer. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, weshalb gewisse Menschen andere subventionieren sollen, die aufgrund persönlicher Präferenzen freiwillig auf Einkommen verzichten, das sie problemlos selbst erwerben könnten. Denn die von der Allgemeinheit finanzierten Subventionen stützen sich grundsätzlich auf die Bedürftigkeit der jeweils unterstützten Personengruppe und nicht auf deren Arbeitsbereitschaft. Wer weniger arbeitet, als aufgrund der individuellen Situation zumutbar wäre, trägt bereits über die Steuerrechnung weniger zur Allgemeinheit bei und soll nicht noch zusätzlich von Subventionen profitieren.

Die Bundesverfassung hält denn in Artikel 127 auch fest, dass bei der Besteuerung – jetzt rede ich von der Besteuerung – die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beachten sei und nicht etwa die Leistungsbereitschaft. Im Prinzip wird ja auch dieser Grundsatz heute schon sehr oft geritzt. Was aber für die Steuern recht ist als Grundsatz, sollte für Subventionen nur billig sein. Es darf sich für Gutsausgebildete nicht lohnen, unsere sozialen Umverteilungssysteme ohne Not zu beanspruchen. Zur Klarstellung: Dabei sind allfällige Betreuungspflichten natürlich zu berücksichtigen. Selbstverständlich kann beispielsweise von einer Familie mit Kindern nicht erwartet werden, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten. Deshalb schlagen wir ja auch vor, sich bei der Neuregelung an der bewährten Scheidungspraxis zu orientieren.

Ist das alles nur graue Theorie ohne Praxisbezug? Nein, wir alle kennen sie, diese Fälle: Die Eltern mit schlechten Chancen, die beide lieber 120 Prozent als 100 Prozent arbeiten, vielleicht am Wochenende noch Büros putzen gehen, um die Familie durchzubringen, um ihren Kindern bessere Perspektiven zu ermöglichen. Auf der anderen Seite Akademikerinnen und Akademiker, die es sich leisten können, 50 Prozent zu arbeiten und so von der erstgenannten Familie letztlich mitunterstützt werden. Dass man diesen Missbrauch auch auf die Spitze treiben kann, hat der Tages-Anzeiger vor rund zwei Jahren – ich glaube, inzwischen sind es zweieinhalb Jahre – aufgezeigt. Er porträtierte eine vierköpfige Familie: Die Eltern, ein Unternehmerpaar, berichtete im Artikel stolz, dass sie zusammen nur 15 Stunden pro Woche arbeiten und deshalb nur 3000 Franken pro Monat verdienen. Die Familie nahm aber offenbar Prämienverbilligungen in Anspruch. Dass die Familie zudem faktisch keine Steuern bezahlt, aber trotzdem, wie selbstverständlich, unser Schulsystem und alle anderen staatlichen Leistungen beansprucht, sei nur am Rande erwähnt. Solches Optimieren ist heute problemlos möglich und völlig legal, aber definitiv nicht legitim, auch wenn ich der Familie ihr Glück gönne. Natürlich ist das ein Extremfall. Es zeigt aber schön, wie leicht man unsere Systeme mit den heutigen Arbeitsmodellen ausnützen kann. Nur sind nicht alle so naiv, das offen auszuplaudern oder so unanständig, das zu tun. Hinzu kam das Problem, dass viele dieser Personen dann keine richtige Altersvorsorge haben und dann plötzlich auch noch Ergänzungsleistungen beziehen müssen.

Nun, der bürgerliche Regierungsrat möchte dieses heisse Eisen nicht in die Hand nehmen. Nur nützt das nichts, Mario Fehr (*Regierungsrat*), der Elefant ist im Raum. Da kann man noch so angestrengt wegschauen und rumlaufen, lieber Mario Fehr. Der Elefant wird immer fetter und immer unübersehbarer. Denn wir müssen davon ausgehen, dass das Thema «Work-Life-Balance» in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird – nicht du, der Elefant, der steht da in der Mitte, auch wenn du ihn nicht siehst –, da reicht es einfach nicht, ohne weitere Prüfung eine fehlende Machbarkeit zu beschwören. Gouverner, c'est prévoir und nicht nur Turnhallen eröffnen. Deshalb soll sich der Regierungsrat jetzt schon Gedanken machen, wie man unsere sozialen Umverteilungssysteme auch in einer Zukunft mit alternativen Arbeitszeitmodellen fair gestalten kann und deren Akzeptanz sichern kann. Dazu gehört eben zwingend, dass man sich überlegt, wie man mit freiwilligem Arbeits- und Einkommensverzicht umgeht. Für uns ist es eine Frage der Fairness. Danke, wenn Sie diese Motion als Postulat unterstützen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Das Thema ist grundsätzlich interessant, aber vor allem brisant. Es ist sicher nicht ganz neu. Aber wir sind überzeugt davon, dass absichtlich weniger arbeiten als eigentlich problemlos möglich wäre, um das System auszunutzen – was leider in der Tendenz immer häufiger bei Personen mit Familien vorkommt, das können wir immer wieder lesen in der Presse –, das ist so «in» wie nie zuvor. Spätestens wenn Kinder auf die Welt kommen, müssen sich Paare überlegen, wie sie die Betreuung der Kinder handhaben, wer wie viel arbeitet und so weiter. Dieses Thema ist sehr wichtig. Grundsätzlich soll das jedes Paar für sich selber ausmachen.

Wie schon erwähnt, jetzt ist etwas relativ Neues in die Überlegungen hinzugekommen, das langsam Trend wird, insbesondere bei jüngeren Personen: Wie optimieren wir unsere Work-Life-Balance? Und vor allem: Wie viel arbeiten wir, damit wir Steuern, Kinderbetreuungskosten und so weiter optimieren können? In einer Zeit, in der wir Rekord-Zuwanderung und gleichzeitig einen Mangel an Arbeitnehmenden haben, sind diese Überlegungen aus Sicht der Wirtschaft suboptimal, ebenso aus Sicht des Staates fragwürdig, im Sinne, dass beispielsweise weniger Steuereinnahmen und Mehrausgaben zum Beispiel mittels subventionierten Kinderbetreuungsplätze et cetera, et cetera entstehen.

Die SVP sieht aber auch die andere Seite des Themas: Ist es wirklich liberal, wenn der Staat sich einmischt in die Organisation, in die Höhe der Arbeitstätigkeiten von Personen und Familien? Wer und wie soll man das kontrollieren? Stichwort «mehr Staatsstellen und mehr Bürokratie», da sind wir klar dagegen. Ebenfalls ist vieles, beispielsweise die Kosten für die ausserschulische Kinderbetreuung, auf Gemeindeebene geregelt. Insofern ist es unklar, wie wir seitens des Kantons tatsächlich Einfluss nehmen können. Deshalb hätte eine Mehrheit unserer Fraktion eine Motion abgelehnt. Somit sind wir erfreut darüber, dass die FDP die Motion in ein Postulat umgewandelt hat. Dieses werden wir unterstützen. Wenn heute genügend Stimmen – hoffentlich – zusammenkommen, dann werden wir eine Auslegeordnung seitens des Regierungsrates erhalten. Danach wissen wir, wo Handlungsbedarf besteht und vor allem, wo wir seitens des Kantonsrates Anpassungen vornehmen können. Stimmen Sie daher dem Postulat zu. Vielen Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Lieber Marc Bourgeois, dieser Vorstoss gehört wirklich zu den seltsameren Dingen, die mir in diesem Rat je begegnet sind. Der Staat soll für alle Personen eine hypothetische Leistungsfähigkeit ermitteln, daraus dann ein fiktives Einkommen ableiten, das erwirtschaftet werden kann. Und wer dann unter diesen Benchmark fällt, der wird von staatlichen Leistungen ausgeschlossen. Das ist schon ziemlich absurd.

Gibt es denn überhaupt ein reales Problem, das hier gelöst werden muss? Wir stellen fest, Teilzeitarbeit ist auf dem Vormarsch. Dabei machen ein Teil sicher gutgebildete Personen aus, die vielleicht statt 80 100 Prozent arbeiten. Die führen dadurch sicher keine Bedürftigkeit herbei. Der allergrösste Teil der Menschen, die Teilzeit arbeiten, machen dies, um in der gewonnenen Zeit Care-Arbeit zu übernehmen, Care-Arbeit für die eigenen Kinder, aber auch für die Enkel – da zieht das Scheidungsrecht dann nicht – und Care-Arbeit für die Pflege älterer Angehöriger. Es gibt auch Menschen, die ihr Pensum für eine mehrjährige Weiterbildung reduzieren. Während dieser Zeit verzichtet man auf Einkommen und zahlt zusätzlich für die Weiterbildung. Soll jetzt auch noch der Staat kommen und diese Menschen zusätzlich bestrafen?

Ich habe noch einige Worte, die sicher gut in Ihren Gesetzesvorschlag – jetzt ist es ein Postulat – passen würden: «Die Arbeit ist Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Staatsbürgers nach dem Grundsatz: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung». Das würde doch prima zu Ihnen passen. Wissen Sie, woher dieses Credo stammt? Das ist ein

Zitat aus der Verfassung der ehemaligen Sowjetunion. Die Freisinnigen im Kanton Zürich scheinen sich dem sehr verbunden zu fühlen und sind wahre Vorzeigesozialisten (*Heiterkeit*). Wie der sogenannte Freisinn der Ansicht sein kann, dass der Staat sich in das Lebensmodell von Privatpersonen einzumischen hat, ist mir wirklich ein Rätsel. Es geht Ihnen hier mitnichten darum, ein real existierendes finanzpolitisches Problem zu lösen, sondern hier passt einfach etwas nicht in Ihr Weltbild. Wenn Sie das Anliegen Ihres Postulats umsetzen wollen, wäre dazu ein komplett unverhältnismässig aufgeblähter Staatsapparat nötig, denn alle bisherigen Mechanismen, um festzustellen, ob jemand Anspruch auf Unterstützung hat, die müssen ja bestehen bleiben. Zusätzlich müssten Sie für jede Person, die möglicherweise einen Anspruch hat, im Einzelfall abklären, welches Einkommen diese Personen hypothetisch erwirtschaften könnte und inwiefern diese freiwillig darauf verzichtet. Für diese Abklärung bräuchten Sie jede Menge Personal für einen sehr zweifelhaften Nutzen. Die Staatsquote lässt grüssen.

Verzichtet beispielsweise eine Doktorandin, die 100 Prozent arbeitet, aber nur zu 60 Prozent bezahlt wird, wie das an den Universitäten üblich ist, verzichtet sie freiwillig auf Einkommen? Müsste diese Person vielleicht noch zusätzlich bestraft werden, weil sie einen falschen Studiengang gewählt hat? Warum Kulturwissenschaften studieren, wenn man beispielsweise Elektrotechnik hätte studieren können, damit man auf diese Weise mehr Steuern und mehr Lohn hätte generieren können? Was ist, wenn ich meine gebrechliche Mutter selbst pflege und ihr ermögliche, dass sie in ihrer vertrauten Umgebung bleibt, obwohl es vielleicht ökonomisch effizienter wäre, wenn ich einfach mehr arbeiten würde und diese Dienstleistung extern einkaufen würde? Ausserdem gibt es Menschen, die vielleicht 100 Prozent arbeiten möchten, die aber keine Anstellung zu diesem Pensum finden. Dieser Vorstoss, der ist nicht nur vollkommen impraktikabel, sondern er zeugt auch von einem fragwürdigen Menschenbild. Offenbar wird der Wert eines Menschen daran gemessen, wie viel Erwerbseinkommen er erwirtschaftet. Der Beitrag an die Allgemeinheit, der lässt sich als Frankenbetrag auf der Steuerrechnung ablesen. Zusammengefasst lässt sich sagen: Hier wird ein Problem postuliert, das es in Wahrheit gar nicht gibt. Der Vorschlag würde zu einem massiven Ausbau des Staates führen und mehr Kosten verursachen, als er eingespart würde. Und der Staat soll sich in die private Lebensgestaltung einmischen. Wir Grünen finden an diesem Vorstoss nichts Unterstützenswertes.

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Bei diesem Vorstoss kommt mir ein Lied in den Sinn. Charteinstieg dieses Liedes war Juni 1964, eine Zeit also, in der der Postulant stehengeblieben zu sein scheint (*Heiterkeit*). Das Lied trägt den Titel: «Schaffe, schaffe, Häusle bauen» Den zweiten Teil des Refrains würde ich weglassen, da er alter Manier entsprechend sexistisch ist. Deshalb würde ich den Refrain umschreiben in: Schaffe, schaffe, Häusle bauen, und nicht nach dem Wohlergehen schauen. Thema des Liedes ist, dass bis zum Umfallen gearbeitet werden soll oder eben bis zum symbolischen «eigenen Haus» – und dabei keine Zeit für eine gesunde Lebensweise bleibt. In meinem Votum möchte ich auf diesen Teil zu sprechen kommen. Meine Vorrednerin der Grünen hat bereits vieles gesagt; ich

möchte jetzt noch etwas zu einem gesunden Lebensstil und zu einer entsprechenden Leistungsfähigkeit sagen.

Etwas differenzierter, aber sinngemäss übersetzt: Es bleibt keine Zeit für ein gesundes und vor allem gesundheitsförderndes Gleichgewicht zwischen den Lebensbereichen Arbeit, sozialem Umfeld, Familie, der eigenen physischen Verfassung, vor allem der Psyche sowie der Sinn zur Selbstverwirklichung. Ich weiss, es gibt viele Menschen, die das nicht können. Ich glaube aber nicht, dass die FDP für einen Mindestlohn zu haben ist – das nebenbei bemerkt. Genau diese Life-Domain-Balance – so wird das übrigens mittlerweile genannt, Work-Life-Balance wird nicht mehr gebraucht – hält uns aber gesunde und weiterhin leistungsfähig. Soll ich Ihnen, Herr Bourgeois, einmal aufzeigen, wofür – wie Sie in der Begründung Ihres Postulats schreiben – die übrige Bevölkerung aufkommen muss, wenn noch mehr Leute nicht auf ihr psychisches und physisches Gleichgewicht achten würden, wie sie es heute schon zu wenig oder gar nicht tun? Gerne gebe ich Ihnen ein paar Zahlen aus der Schweizer Gesundheitsbefragung 2017, welche 2019 veröffentlicht wurde: Stress und psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz haben im Jahr 2017 weiter zugenommen: 21 Prozent der Erwerbstätigen litten bei der Arbeit sehr oft unter Stress, 2012 waren es noch 18 Prozent – nicht viel weniger, aber man sieht, es nimmt zu. Zugenommen haben die psychosozialen Risiken generell. Fast die Hälfte, 49 Prozent der gestressten Personen, fühlen sich emotional erschöpft, was das Burn-out-Risiko erhöht. Dies alles sind Vorboten von psychischen Krankheiten wie beispielsweise Depressionen. Das hat bekanntlich nicht allein mit der Arbeit zu tun, das wissen wir, aber auch mit dem fehlenden Gleichgewicht im täglichen Leben. Was denken Sie, welches Risiko in diesem Zusammenhang hinsichtlich steigender volkswirtschaftlicher und gesundheitlicher und Sozialversicherungskosten hier im Raum schwebt? Nicht davon zu reden, wie viel psychisches und soziales Leid Angehörige erleiden, beispielsweise Kinder, deren Eltern ständig unter Belastung stehen, weil sie das psychische Gleichgewicht nicht mehr haben und nicht mehr alles unter einen Hut bringen.

Gerne sage ich Ihnen an dieser Stelle, dass viele moderne Unternehmen – und das müssten Sie als FDP wissen – schon längstens gemerkt haben, wie wichtig eine Life-Domain-Balance ist und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch entsprechend darin unterstützen. Indem Sie beispielsweise Stellen erst gar nicht 100 Prozent ausschreiben, da gewisse Aufgaben auch im einem Jobsharing möglich sind und so weiter und so fort. Ein paar Beispiele zu entsprechenden Berufen: Lehrberuf, Pflege, Ärzteschaft, nur drei von vielen Berufszweigen, bei denen immer mehr Menschen schlicht nicht mehr 100 Prozent arbeiten können, weil die Arbeit aufgrund von Druck und Stress gar nicht mehr bewältigbar ist. Wenn Sie also weiterhin eine funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft wollen, dann beginnen Sie bei den Überlegungen, wie wir in Zukunft unser «Humankapital» – ein ganz schreckliches Wort, aber eines, das Sie, so glaube ich, verstehen – schützen und eine gesunde Gesellschaft erhalten können.

Und letztlich, es wurde schon gesagt: Ist die liberale FDP wirklich schon an diesem Punkt angelangt, bei dem sie nach dem Staat ruft, der den Menschen vorschreiben soll, wie viel sie zu arbeiten haben? Ich bin mir sicher, niemand will,

dass einem der Regierungsrat vorschreibt, welche Erwerbstätigkeit zumutbar ist. Dieses Postulat ist abzulehnen.

Daniela Güller (GLP, Zürich): Im Vorstoss der FDP, wie es Marc Bourgeois schon detailliert beschrieben hat, geht es um Personen, die freiwillig auf erzielbares Einkommen verzichten und dass diese nicht zusätzlich ohne Not staatliche Unterstützungsleistungen aller Art erhalten sollen. Auch wenn der Titel unglücklich gewählt scheint, kann effektiv eine Ungerechtigkeit in verschiedenen Fällen vorliegen. Ein Beispiel sind Konkubinatspartner, welche nicht 100 Prozent arbeiten. So erhält derjenige Konkubinatspartner, welche in reduziertem Umfang oder gar nicht arbeitet, automatisch Krankenkassenprämienverbilligung, obwohl der zweite Partner genügend gut verdient; verheiratete Paare mit weniger gemeinsamen Einkommen, welche es mit Kinderbetreuung eher nötig hätten, aber wiederum nicht. Dies ist nur ein Beispiel einer solchen Ungerechtigkeit. Dieses wurde – unabhängig von diesem Vorstoss – an mich als Kantonsrätin herangetragen, notabene von einer eben solchen privilegierten Person, welche diese Prämienverbilligung nicht benötigt, selber aber nicht freiwillig darauf verzichten kann.

Der Regierungsrat gibt in seiner Antwort an, dass der kantonale Gesetzesspielraum klein sei, die Gefahr von Mehraufwand für Einzelabklärungen bestehe, die Administration aufgebläht würde. Er lehnt die Motion aus diesen Gründen ab. Die GLP erkennt diese Schwierigkeiten auch an, findet jedoch das Thema als genügend wichtig, dass eine ordentliche Auslegeordnung der Möglichkeiten angeschaut und geprüft werden soll. Als Postulat werden wir diesen Vorstoss deshalb unterstützen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Ich wollte eigentlich mit dem Begriff «Work-Life-Balance» beginnen, einem Ausdruck unserer Zeit. Nun hat mich Herr Daurù aufgeklärt, dass es dafür einen neuen Ausdruck gibt. Trotzdem mache ich jetzt mit «Work-Life-Balance» weiter.

Schön, dass wir uns so um unsere persönliche Work-Life-Balance Gedanken machen können. Meine Eltern mussten noch sehr lange und sehr viel arbeiten, nur um ihre Familie zu ernähren und ihre Wohnung zu bezahlen. Wenn daneben noch Zeit und Geld übriggeblieben, um Freizeit zu geniessen, war das ein Luxus. Wann Work-Life-Balance stimmt, ist für jeden individuell; jeder kann entscheiden, freiwillig auf Einkommen zu verzichten, indem man weniger arbeitet als möglich wäre.

Trotzdem gibt es auch hier eine Kehrseite der Medaille. Wann kippt es? Wenn immer mehr ihre Freizeit optimieren, weniger arbeiten, viele beziehen? Irgendwann müssen mit den Einkommen und den Einkommenssteuer Kosten der Allgemeinheit bezahlt werden wie Strassen, Schulen, Spitäler, besonders aber auch die AHV. Auch Personen, die freiwillig sehr bescheiden leben, benutzen unsere Strassen und beziehen AHV – zum Teil sogar ohne ihren angemessenen Beitrag dazu zu leisten.

Uns in der Schweiz geht es sehr gut. Offensichtlich verdienen immer grössere Teile der Bevölkerung so gut, dass sie nicht mehr 100 Prozent arbeiten müssen.

Irgendwann werden wir uns Gedanken machen müssen, wie wir mit entsprechend weniger Einkommenssteuern unser perfekte Infrastruktur und unser Vorsorgesystem in Zukunft finanzieren können. Work-Life-Balance-Optimierung wird irgendwann zum gesellschaftlichen Problem. Und übrigens: «Schaffe, schaffe, Häusle bauen», so schlecht ist das jetzt auch nicht und per se ungesund ganz sicher auch nicht.

Die Umsetzung dieses Postulats ist leider aufgrund fehlender Vorgaben und grossem Abklärungs- und Verwaltungsaufwand kaum möglich. Die Mitte-Fraktion unterstützt aus diesem Grund das Postulat nicht – trotz Sympathie.

Melanie Berner (AL, Zürich): Zur Klarstellung: Ich weiss nicht, Herr Suter und Herr Bourgeois, ob Sie Ihre Kinder in der Kita haben, ob sie Teilzeit arbeiten oder nicht. Auf jeden Fall ist es so, dass die Subventionierung – zumindest in der Stadt Zürich – an eine Erwerbstätigkeit geknüpft ist. Ich kann also nicht einfach zu Hause sitzen und Däumchen drehen, während meine Kinder in der Kita sind und ihre Plätze subventioniert werden. Das wissen vielleicht hier drin nicht alle; aber so läuft das.

Der vorliegende Vorstoss, der tropft vor gutsituierter Überheblichkeit und in seiner zynischen Unbeholfenheit ist es ziemlich Slapstick; «Slapstick» ist neudeutsch für «lustig». Die in ihrem Selbstverständnis einzige liberale Partei der Schweiz möchte der Bevölkerung vorschreiben, wie sie zu leben beziehungsweise wie viel sie zu arbeiten hat. Wir haben es schon gehört und auch in den Augen der AL: So geht also bürgerlicher Kommunismus. Nice. Noch lustiger, ja quasi der Schenkelklopfer per se ist aber die Tatsache, dass das in den Augen der Bourgeoisie so relevante Anliegen (*Heiterkeit*) zu einem massiven zusätzlichen Verwaltungsaufwand, mehr Bürokratie und damit zu einer Erhöhung der Staatsquote führen würde. Würde es durchgerechnet, käme man zum Schluss, dass es für den Staat günstiger käme, alles so zu belassen, wie es ist.

Ich denke, dass sie alle hier drin bereits ahnen werden, dass die AL dieses Postulat ablehnen wird. Natürlich nicht aus den gerade gemachten finanziellen Überlegungen, sondern aus einer urliberalen und humanistischen Grundüberzeugung heraus. Grundrechtlich ist es absolut undenkbar, dass der Staat bestimmt, wer wie viel zu arbeiten hat und wie sie oder er das eigene Leben sinnhaft gestaltet. Das ist ultra-übergriffig und geht weder Herrn Bourgeois noch den Staat das Geringste an.

Ganz abgesehen davon, ist es ein Ding der Unmöglichkeit herauszufinden, wie hoch ein «individuell zumutbares» Arbeitspensum wäre. Müssten wir dann alle im Dreijahres-Rhythmus in eine psychologisch-psychiatrische Abklärung, um staatlich bestätigt zu bekommen, wie viel wir gerade leisten können? A apropos psychologisch-psychiatrisch: Haben Sie, Herr Bourgeois, sich schon mal überlegt, dass es vielleicht eine kostendämpfende Wirkung auf die Gesundheitskosten haben könnte, wenn nicht jede und jeder im Hamsterrad am Spulen ist? Oder handelt es sich bei der vorliegenden Geschichte eventuell um eine verkappte Sabotage-Aktion gegen das Vereins- und Milizwesen? Denn, wer bitteschön, könnte nebst dem 100-Prozent-Pensum und der Care-Arbeit Woche für Woche mehr als einen ganzen Arbeitstag in die Politik oder in eine karitative Tätigkeit investieren? Nicht

alle Menschen haben ein fettes finanzielles Pölsterchen und/oder altes Familiengeld, welches sie über Wasser hält und ihnen erlaubt, eine Betreuungsperson, eine Haushaltsmanagerin oder einen Haushaltsmanager oder eine Reinigungsunterstützung zu finanzieren. Ausserdem gibt es neben der beruflichen Tätigkeit eben auch noch ganz viel andere Arbeit, die erledigt werden muss, damit unsere Gesellschaft funktioniert. Nicht nur Berufstätigkeit ist Arbeit. Dass sich das allerdings ausserhalb der Lebensrealität vom zackigen Superman vom Zürichberg abspielt, ist für die AL nicht wahnsinnig überraschend. Herr Bourgeois, es mag ja sein, dass Sie alle Menschen doof finden, die nicht 100 Prozent berufstätig sind. Das ist ihr gutes Recht, das dürfen Sie. Dann aber gleich rechtliche Grundlagen einzufordern, um Ihre ganz persönliche Zufriedenheits-Balance ins Lot zu bringen, geht dann doch zu weit (*Heiterkeit*). Von der AL gibt es keine Unterstützung. Danke.

Angie Romero (FDP, Zürich): Ich bemühe mich, wieder ein wenig auf die sachliche Ebene zurückzufinden (*Unruhe im Rastsaal*).

Der Regierungsrat hat es sich in seiner Stellungnahme sehr leicht gemacht. Der Gestaltungsspielraum für die Forderung dieses Postulats mag zwar weniger gross sein als auf Bundes- oder Gemeindeebene, er ist aber nicht inexistent. Denken wir etwa an Stipendien beziehungsweise kantonale Ausbildungsbeiträge oder an die Miete bei kantonal unterstützten Wohnungen. Auch nicht nachvollziehbar ist, weshalb die Umsetzung zu stark erhöhtem Aufwand führen sollte oder, wie behauptet wurde, gar zu massiv mehr Stellen. Wer eine Subvention beantragt, muss neu im entsprechenden Formular halt nicht nur das Einkommen, sondern auch das Arbeitspensum und die unterstützungspflichtigen Personen angeben. Das ist kein grosser Zusatzaufwand.

Einen Punkt möchte ich nochmals betonen: Selbstverständlich wird nicht von jeder und jedem ein Vollzeit-Arbeitspensum erwartet, schon aber von Personen, die keine gesetzlichen Betreuungspflichten haben. Wer hingegen gesetzliche Betreuungspflichten hat, dem sollen auch bei einem gewissen Teilzeitpensum Subventionen zukommen können. Für die Frage, welches Teilzeitpensum maximal berücksichtigt werden soll, schlagen wir vor, sich an der Eheschutz- beziehungsweise Scheidungspraxis zu orientieren. Ab gewissen Stufen rechnet dort das Gericht für die Ermittlung des Unterhalts schlicht mit einem minimal erwarteten Arbeitspensum, egal ob dieses tatsächlich erwirtschaftet wird oder eben nicht. Das nennt sich hypothetisches Einkommen. Und hier an die Kantonsrätin der Grünen: Sie mögen es absurd finden, aber so etwas gibt es heute schon. Für die Auszahlung von Subventionen soll es genauso sein. Von Frauen- oder Familienfeindlichkeit kann somit keine Rede sein.

Dieses Postulat fordert einfach Fairness. Wer ohne beachtenswerten Grund lieber mehr Freizeit genießt als zu arbeiten, der soll das tun. Es geht eben nicht darum, ein Lebensmodell vorzugeben. Wer das aber macht, der soll das auf eigene Kosten machen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit. Darum geht es. Es geht nicht an,

dass Optimierer der Work-Life-Balance – oder für die SP die Life-Domain-Balance – in den Genuss derselben Vorteile kommen wie Personen, die trotz Ausschöpfung ihrer Leistungsfähigkeit in engen finanziellen Verhältnissen leben. Noch zum Vorwurf der mangelnden Praktikabilität: Meist werden Standardfälle zu prüfen sein. Ausnahmefälle müssten von der Antragstellerin beziehungsweise vom Antragsteller begründet und belegt werden. Das darf auch erwartet werden, wenn man vom Staat eine Leistung einfordert. Unterstützen Sie deshalb dieses Postulat.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Also, betreffend Administration wäre es ausgesprochen einfach, dies zu bewältigen. Eine Spalte im Lohnausweise mit den Stellenprozenten würde vollumfänglich genügen; mehr bräuchte es eigentlich nicht. Das wäre eine ausgesprochen kleine Sache; man müsste sie nur tun. Diejenigen, die bereit sind, Leistung zu bringen, sind steuerlich und subventions-technisch gegenüber denjenigen, die ihre Work-Life-Balance optimieren, oder soll ich sagen ihr Faulheit kultivieren (*Unruhe im Ratsaal*), weil sie einfach nicht bereit sind zu arbeiten, ganz klar benachteiligt. So sehe ich es (*Heiterkeit*).

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Danke für ihren Beitrag, Herr Marty. Ich habe tatsächlich noch eine Frage an Marc Bourgeois, weil es mich wundert. Die grundsätzliche Fehlüberlegung, die dahintersteckt, ist die Vorstellung, dass wenn man nicht 100 Prozent arbeitet, dass man dann den ganzen Tag auf dem Sofa liegt und nichts tut. Ich glaube, das ist aus den verschiedenen Voten bis jetzt hervorgegangen. Die Stichworte zur Freiwilligenarbeit wurden genannt. Die Frage an Herrn Bourgeois: Ob denn Herr Bourgeois findet, der Staat solle keinen Anreiz schaffen, Freiwilligenarbeit zu leisten? Ich habe das ganz kurz nachgeschaut: 39 Prozent der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahre sind formell freiwillig innerhalb eines Vereins oder einer Organisation tätig; 46 Prozent leiten informelle Freiwilligenarbeit. Der gleiche Bericht, der, glaube ich von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft verfasst wurde, kommt auch zum Schluss, dass Leute, die Teilzeit arbeiten, insbesondere Männer, die Teilzeit arbeiten, mehr Freiwilligenarbeit leisten können und es deshalb auch tun. Jetzt die Frage an Herrn Bourgeois, wenn er dann zurück an seinem Platz ist: Findest du, Marc, dass der Staat einen negativen Anreiz setzen sollte, Freiwilligenarbeit zu leisten? Wenn ja, weshalb? Herzlichen Dank.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Unser Sozialsystem, auch das Steuersystem, fusst auf der Maxime, dass wir das erzielte und nicht das erzielbare Einkommen beziehen bei der Berechnung der Steuerbelastung oder auch beim Bezug von staatlichen Leistungen. Ist das fair? Ich glaube, man kann es bezweifeln. Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Ein Paar, bei welchem zwei Personen je 100 Prozent arbeiten und als Handwerker beispielsweise je 60'000 Franken verdienen, hat häufig den gleichen Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen wie ein Paar, bei welchem beide als Gymnasiallehrer zu 50 Prozent arbeiten und ebenfalls je

60'000 Franken verdienen. Da kann man tatsächlich die Frage stellen, ist das fair und kann man das der Bevölkerung auch verkaufen?

Wer freiwillig auf Einkommen verzichtet, soll das gerne können, aber dann bitte ohne Subventionierung von allen anderen. Es geht aber nicht nur um die Freizeitoptimierung, sondern auch darum, welchen Effekt oder welche Effekte wir damit bewirken. Mit dem strengen Festhalten am erzielten Einkommen für die Bemessung von Betreuungstarifen, an der individuellen Prämienverbilligung, Wohnbauförderung und so weiter macht man eben auch faktisch nichts anderes, als den Zweitverdiener – meistens die Frauen – in die Teilzeitarbeit zu treiben. Ich bin mir bewusst, das ist nicht beabsichtigt, aber das ist einfach eine Folge davon. Damit greifen wir mit dem heutigen System natürlich durchaus in die Lebensgestaltung ein. Wer Subventionen möchte, Leistungen vom Staat, der muss es sich auch gefallen lassen, dass sich der Staat einmischt.

Es geht aber nicht nur darum, ob man das aktuelle System fair findet, sondern es geht auch um einen volkswirtschaftlichen Aspekt. Unser ausgebauter Sozialstaat funktioniert einfach nicht, wenn alle nur noch Teilzeit arbeiten. Der Regierungsrat engagiert sich mit Initiativen gegen den Fachkräftemangel. Er will die finanzielle Unterstützung für die Kinderbetreuung massiv ausbauen, damit insbesondere die Zweitverdiener mehr arbeiten können. Gleichzeitig will der gleiche Regierungsrat hier an einem Sozialsystem festhalten, dass faktisch Teilzeitarbeit fördert. Da stellt sich schon die Frage, wie kohärent die Regierungspolitik ist. Und wenn der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt, der Kanton hätte kaum Einfluss, dann ist es eine krasse Untertreibung. Bei der Wohnbauförderung zum Beispiel hat er sehr wohl Einfluss. Dasselbe gilt beim Thema «Krippenfinanzierung», wo er an einer Vorlage arbeitet.

Zu guter Letzt: Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme geschrieben, dass die Ermittlung des freiwilligen Einkommensverzichts zu einer Erhöhung der Staatsquote führen würde. Es wurde schon gesagt, wie man das ermitteln könnte. Es gibt auch eine andere Möglichkeit: Man nehme den Pensionskassenausweis und schaue dort auf den Beschäftigungsgrad. Zudem musste ich bei diesem Argument etwas schmunzeln, erkennt man dahinter doch die Handschrift des Vorstehers der Sicherheitsdirektion. Vielleicht schreibt er bei jedem Vorstoss der FDP rein, der ihm nicht passt, dass die Staatsquote höher würde, bei der SVP würde er wohl schreiben, der Vorstoss würde zu mehr Zuwanderung führen, und käme er von der SP, wäre er wohl nicht sozial. Unabhängig davon ist die Aussage auch falsch: Würden die Unterstützungsleistungen bei freiwilligem Einkommensverzicht geringer, dann führte dies a) zu weniger Subventionsausgaben und b) würden dann, weil die Anreize anders sind, mehr gearbeitet, weil ein höheres Arbeitspensum attraktiver würde. In beiden Fällen sinkt die Staatsquote. Wir brauchen früher oder später eine neue Grundlage für die Bemessung der Leistungen aus unserem Sozialsystem. Machen Sie einen Schritt in diese Richtung, Ermöglichen Sie dem Vorsteher der Sicherheitsdirektion, dass er sich hier fortschrittlich profilieren kann – das macht er ja gerne (*Heiterkeit*) –, und stimmen Sie der Überweisung zu. Danke.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Ich möchte mich vor allem an die Votantinnen, an die Frauen der GLP und FDP wenden. Die Männer gebe ich für heute schon mal als verloren (*Heiterkeit*). Wer ist die Allgemeinheit? Was haben die Frauen in den letzten Jahrhunderten gemacht? An Angie Romero, ich habe auch keine gesetzlichen Betreuungspflichten. Ich arbeite 60 Prozent, damit ich in diesem Rat stehen kann, damit ich die Arbeit in der Kommission machen kann. Wie würden Sie das beurteilen? Aber ich gehe sowieso davon aus, dass Sie einen rosaroten Elefanten hier im Raum sehen. Martin Suter (*Schweizer Schriftsteller*) hat über dieses Phänomen geschrieben: Wenn man Drogen nimmt, sieht man ihn. Aber ich glaube, es gibt ihn nicht. Ich möchte noch etwas vom Bund zitieren betreffend Arbeit; da wird in einer Studie (*des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann*) geschrieben, ich zitiere: «Insgesamt leisten Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter etwa gleich viel Arbeit pro Woche, nämlich 53 Stunden. Die Anteile der bezahlten respektive unbezahlten Arbeit unterscheiden sich jedoch deutlich. Während Männer unabhängig von der Familiensituation fast vollzeitlich erwerbstätig sind, ist bei Frauen der Anteil der Erwerbsanteil generell niedriger und variiert je nach Familiensituation stark.» Also, die heutige Situation der Teilzeitarbeit, ja, ist eine Falle für die Frauen, ja, es ist schwierig, aber ja, diese Frauen liegen nicht in der Hängematte, die arbeiten für die Gesellschaft. Ich hoffe, wir können dies endlich anerkennen.

René Isler (SVP, Winterthur): Der Vorredner der FDP hat es eigentlich auf den Punkt gebracht. Sie werden jetzt staunen, wenn ich Ihnen sage, wie jemand lebt und wie viel er arbeiten will – sofern er kann, die gesundheitlichen Voraussetzungen müssen natürlich vorhanden sein –, ist mir als urliberaler Mensch in diesem Ratssaal hundewurst. Was mir aber nicht wurst ist, wenn das auf Kosten der Allgemeinheit geht, sprich, wenn Sie einfach aus der Laune der Natur heraus alle guten Grundsätze, die wir mit unserem Generationenvertrag einmal eingegangen sind, wenn wir zu den Kindern schauen, und die Kinder wieder uns, in der Prämisse, dass wir so wenig als möglich Schulden hinterlassen, dann geht es mich schon etwas an, insbesondere als Steuerzahler. Also, man kann nicht einfach in einem Schönwetterdasein dahinvegetieren und ein bisschen laissez-faire-arbeiten oder ein bisschen weniger arbeiten, aber alle annehmbaren Vergünstigungen des Lebens, des Staates, die er subventioniert, in Anspruch nehmen. Wenn es nach mir ginge, gäbe es keine externen Betreuungskosten, die der Staat übernimmt. Das müsste alles selber bezahlt werden, wie ich das gemacht habe, unsere Verwandtschaft gemacht hat, meine Eltern gemacht haben mit sieben Kindern auf dem Bauernhof. Je weniger wir vom Staat verlangen, je weniger kann er von uns verlangen.

Diese Diskussion, wir Älteren, wir merken es langsam: Dass die, die 40, 50 Prozent mit Laissez-faire durchs Leben gehen und am Ende ihrer beruflichen Tätigkeit merken, dass ihnen im Rentenalter die Rente fehlt. Die haben dann auch noch weniger in der Pensionskasse und ihnen fehlen dann auch die AHV-Gelder. Was passiert dann? Dann gibt es wieder die Rentenzuschüsse beziehungsweise der Staat muss dann mehr Geld geben. Sie von der linken Seite können dann wieder

sagen, das sei Rentenklau. Aber wer 40 Jahre, obwohl es ihm möglich gewesen wäre, auf Kosten von anderen gelebt hat, der kann doch nicht, wenn er in Rente geht, dasselbe einfordern und sagen, so lieber Staat, gib mir ein bisschen mehr Ergänzungsleistungen, weil weder meine Pension noch meine AHV ausreichen, weil ich 40 Jahre lange nur 45 Prozent gearbeitet habe, auch meine Lebenspartnerin oder mein Lebenspartner. Wenn es aus gesundheitlichen Gründen möglich gewesen wäre, mehr zu arbeiten, hätten sie jetzt auch mehr Geld im Rentenalter. Das geht mir auf den Senkel, dass ich so viele Steuern bezahlen muss, damit wir diese faulen, ein bisschen abenteuerlichen und arbeitsfremden Lebenseinstellungen so finanzieren müssen. Das geht mir gegen den Strich. Aber was Sie sonst machen, ist mir eigentlich hundewurst. Deshalb überweisen Sie bitte dieses Postulat.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Ich bin ziemlich erschrocken, als ich dieses Postulat gelesen habe. Es ist ein beängstigendes Menschenbild, das einem hier entgegenkommt und seitens der FDP in dieser Debatte nochmals gezeichnet wird. Das Bild ist: Der Mensch ist geldgesteuert, der Mensch reduziert sein Pensum, weil er oder sie dann mehr Geld vom Staat bekommt. Da wird also gerechnet, und je nach Rechnung reduziert man das Pensum. Solch geldgesteuerte Menschen, die mag es geben. Und es kann sein, dass Sie ein paar davon kennen, Herr Bourgeois. Ich denke, das ist durchaus möglich. Ich persönlich, ich kenne Leute, die aus anderen Gründen ihr Pensum reduziert haben; der klassische Fall ist natürlich die Care-Arbeit. Ich kenne niemanden, der einfach rumliegt und nichts tut, wenn zum Beispiel nur vier Tage gearbeitet wird, da wird eben zum Beispiel Care-Arbeit oder Freiwilligenarbeit geleistet. Dabei gibt es unterschiedliche Formen: In Vereinen mitarbeiten, Kinder beim Sport trainieren, Leute, die einmal Zeit für Nachbarinnen haben, weil sie auch mal zu Hause sind, Zeit haben für Kultur. Das ist die Situation der Leute, die Teilzeit arbeiten. Sie wollen hier ein Problem lösen, das wir gar nicht haben. Sie machen damit aber nur das Gegenteil: Wenn alle Menschen sich nur noch um den Erwerb kümmern müssen ohne sich vielleicht anstrengender Care-Arbeit auch noch widmen können, dann haben wir ein Problem in unserer Gesellschaft. Sie vertreten hier ein antiquiertes, auf veraltete männliche Normen ausgerichtetes Mensch- und Gesellschaftsbild. Das brauchen wir wirklich nicht. Das hat noch nie Probleme gelöst und wird es auch nie tun.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Was ich mich bei diesem Vorstoss am meisten gefragt habe, ist, wen haben Sie dabei eigentlich vor Augen? Kennen Sie jemanden in Ihrer Umgebung, der so funktioniert? Ich bin hier in diesem Rat durchaus als Linker verschrien. Die Klientel, von der Sie reden, kenne ich seit 30 Jahren, seit meinem Studium, nicht. Ich kenne niemanden, der freiwillig sein Pensum reduziert, um weniger zu verdienen und nichts Produktives, Sinnvolles in seiner anderen Zeit macht, sei es Zeit für die Familie zu haben, sei es Zeit, um ein kleines Unternehmen aufzubauen, sei es Zeit, um ein Buch zu schreiben, das er oder sie später unter die Menschen bringen möchte. Es hat immer mit einer produktiven Tätigkeit zu tun. Die Personen, auf die Sie sich mit dem Verweis auf den Tages-

Anzeiger bezogen haben, Herr Bourgois, diese Familie führt ein ganz spezielles und nicht alltägliches Lebensexperiment. Das ist eine Familie, die hängen dem Minimalismus an, ein Lebensstil, der mit möglichst wenig auskommen muss. Sie haben zu Recht den Finger daraufgelegt und gesagt, wahrscheinlich kommt man mit diesen 3000 Franken nicht durchs Leben, da hilft der Staat ein bisschen mit; das Experiment geht nicht ganz auf. Da würde ich Ihnen zustimmen. Aber von dieser Familie jetzt auf einen grossen Teil der Bevölkerung zu schliessen, eine solche Extrapolation ist schlicht und ergreifend unstatthaft. Unstatthaft ist es eben auch, von einem Elefanten im Raum zu reden. Erstens glaube ich, dass es dieses Lebensmodell in diesem Raum sowieso nicht gibt; also, ich kenne hier niemanden, der so unterwegs ist. Ich kenne auch sonst niemanden und ich bin davon überzeugt, Sie kennen auch niemanden. Das ist ein Problem, das herbeigeredet wird und uns jetzt eine Stunde lang beschäftigen wird. Ich finde es aber eine gute Stunde, denn wir sehen wieder einmal, wer was alles in diesem Kanton tut. Es ist sehr viel Arbeit, die gemacht wird und die nicht bezahlt ist, aber unendlich wertvoll für diese Gesellschaft ist.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Thomas Forrer, ich denke, du warst die letzten Jahre nicht sehr aufmerksam, was Sozialpolitik in unserem Kanton anbelangt. Thomas Forrer, du kannst schon abwinken. Aber wir hatten beispielsweise das Thema mit den falschen Anreizen auch bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Das war ein Sozialwerk, das installiert wurde, wo man dann gemerkt hat, dass es zu falschen Anreizen führt. Es gab damals tatsächlich Personen – die gibt es auch heute noch –, die genau gerechnet haben, die sich überlegt haben, ob es sich zu arbeiten lohnt. Oder arbeite ich noch nicht und beziehe die Transferleistungen, die mir von Gesetzes wegen zustehen? Wenn Sie also verneinen, dass es dieses Verhalten gibt, dann fragen Sie sich, weshalb wir bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen dieses Problem hatten. Dieser Rat musste dann zurückkriechen. Im Sozialwesen respektive bei der Sozialhilfe, geschätzte Linke, da negieren Sie auch nicht, dass es die Thematik der Schwelleneffekte gibt. Es gibt auch da Problematiken, dass Personen keinen Anreiz haben oder eigentlich einen negativen Anreiz haben, um mehr zu arbeiten. Also negieren Sie nicht, dass es das gibt. Mit jedem Sozialwerk oder mit jeder Transferleistung, die Sie installieren, installieren Sie auch einen solchen Schwelleneffekt. Und die Kumulation dieser Schwelleneffekte führt dann eben dazu, dass Personen keine Anreize mehr haben, Vollzeit arbeitsfähig zu sein. Wenn Sie jetzt hier im Rat sagen, Sie kennen niemanden, dann negieren Sie, dass wir hier definitiv ein Thema haben. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss zu überweisen, damit er diskutiert werden kann, damit eine sachliche Auslegung gemacht werden kann und nicht einfach eine Vogel-Strauss-Politik. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Zuerst eine kleine Bemerkung und dann eine Frage. Erstens, ich staune immer wieder, wie die FDP fähig ist, solche Bürokratiemonstervorstösse zu konstruieren. Ich staune auch, dass die SVP dann auch noch den Bürokratiemonstervorstössen folgt, sonst heisst es ja immer, zu viel Staat und dass

die Staatsangestellten unproduktiv arbeiten würden. Also, wenn man solche Forderungen stellt, dann ist jede Einzelfallüberprüfung ein wahnsinniges Bürokratiemonster. Vielleicht möchte Marc Bourgeois den rostigen Paragraphen (*Negativpreis für unsinnige Gesetzgebung*); den hat er sich also mit diesem Vorstoss verdient. Wenn man diesen umsetzt, dann ist das tatsächlich eine Vergeudung von potenziell produktiver Arbeitszeit.

Ich habe noch eine Frage: Ich kenne durchaus einige Leute, die haben ihr Arbeitspensum reduziert, nicht aus Betreuungsgründen oder wegen Care-Arbeit. Die meisten, die ich kenne, haben ihr Pensum reduziert, weil sie eine Weiterbildung machen wollten. Tatsächlich gibt es Leute, die wegen der Reduktion, die sie aufgrund der Weiterbildung machen mussten, Prämienverbilligungen erhalten. Nur, es ist im Interesse des Staates, dass Weiterbildungen gemacht werden, weil dank der Weiterbildung das Einkommen schliesslich erhöht wird. Heisst das nun: Leute mit tiefen und mittleren Einkommen, denen ist es verboten, ihr Pensum zu reduzieren, um eine Weiterbildung zu machen? Das ist nämlich nach ihrem Schlüssel nicht vorgesehen. Das würde mich schon noch wundernehmen: Ist die FDP jetzt eine Weiterbildungsverbotspartei?

Regierungsrat Mario Fehr: Ich möchte ganz herzlich für diese hochinteressante, leidenschaftliche und ganz sicher sehr tiefführende Debatte danken. Ich durfte vieles mitnehmen. Ich war insgesamt 35 Jahre in Parlamenten, in der Gemeinde, im Kanton, Verfassungsrat und Nationalrat. Ich habe aber noch nie einen solchen Vorstoss gesehen, weswegen ich mich gerne ein wenig mit ihm auseinandersetzen möchte.

Ich weiss nicht, wie Sie, Herr Bourgeois, Ihre persönliche Work-Life-Balance herstellen. Das weiss ich nicht und ich will es auch nicht wissen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich meine persönliche Work-Life-Balance immer selber hergestellt habe und ich mir nie in meinem Leben von irgendjemandem vorschreiben lassen wollte, wie ich diese herzustellen habe. Und glauben Sie mir, ich arbeite mehr als 100 Prozent.

Niemand in diesem Rat hat mir erklärt, wie ein solcher Vorstoss umgesetzt werden könnte, auch Mario Senn nicht. Mario Senn hat in bester Peter-Grünenfelder-Manier (*Direktor des liberalen Think-Tank «Avenir Suisse» und FDP-Regierungsratskandidat bei den Gesamterneuerungswahlen 2023*) ein kompliziertes Gebäude aufgeplustert, das niemand entschlüsseln kann. Wir haben im Regierungsrat lange über diesen Vorstoss diskutiert. Ich glaube, dass er bei mir gelandet ist, ist der Tatsache geschuldet, dass ich die kürzesten Antworten abgebe. Ich glaube, deshalb habe ich ihn erhalten. Ich habe in 35 Jahren etwas über den Parlamentarismus gelernt: Wenn ein Parlamentarier eine Motion, ohne dass der Regierungsrat bereit ist, sie als Postulat entgegenzunehmen, von sich aus in ein Postulat umwandelt, dann sagt er damit eigentlich nur, dass diese Motion nichts wert war, weil sonst hätte er ja von Anfang an ein Postulat eingereicht.

In dieser Motion steht, dass der Regierungsrat aufgefordert wird, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Herr Schmid hat zu Recht darauf hingewiesen, dass mit jedem einzelnen Gesetz sich solche Fragen stellen. Ich habe zu Beginn meiner

Tätigkeit einen sehr ausführlichen Bericht über die Schwelleneffekte im Sozialbereich machen dürfen. Ganz ehrlich gesagt, es hat sich nachher nichts geändert, weil jede Veränderung irgendeines Parameters sofort einen anderen Schwelleneffekt hervorgerufen hätte. Ich verstehe Sie natürlich, ich verstehe die SVP, dass sie den Vorstoss unterstützt. Man hat jetzt ein paar Wochen wegen der CS (*Credit Suisse, Schweizer Grossbank*) auf die FDP eingedroschen; jetzt möchten sie sich wieder ein bisschen annähern (*Heiterkeit*). Das ist für mich soweit okay; das verstehe ich. Nicht verstehe ich hingegen die Grünliberalen und die Freisinnigen. Beide haben das liberale Element in ihrem Namen; beide stehen dafür ein, und dafür bin ich ihnen dankbar. Beide stehen für die Freiheit der Lebensgestaltung ein. Dieser Vorstoss ist das pure Gegenteil von Freiheit des Christenmenschen und auch allen anderen, die nicht Christenmenschen sind. Ich möchte ein freies Leben leben; ich möchte nicht, dass der Staat mir Parameter vorgibt, wie ich mich zu verhalten habe, damit ich zu dem und dem komme. Das möchte ich wirklich nicht.

Es gibt alleine im Sportbereich 80'000 Freiwillige. Ich werde an den nächsten Veranstaltungen sagen müssen, dass es im Kantonsrat Kräfte gibt, die ihre Freiwilligenarbeit nicht schätzen. Sie können heute kein Mandat in einem Sportverein, in keiner Juniorenmannschaft, Sie können nirgends, aber wirklich nirgends eine verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen, wenn Sie nicht beruflich ein wenig kürzertreten. Ich habe grossen Respekt vor all jenen, die dies tun. Ich habe grosse Zweifel, dass die Überweisung dieses Postulates zu mehr führen wird als diesem Bericht, den Sie hier schon haben. Ich freue mich darauf, wenn wir diesen Bericht in zwei Jahren wieder diskutieren können.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich kenne dich, weswegen ich meine Replik aufgespart habe und mich nicht habe provozieren lassen. Mario Fehr, du bist total erschrocken, aber der Vorstoss ist mehrheitsfähig. Entweder wir sind komisch oder du bist komisch unterwegs. Doch der Vorstoss scheint irgendwie doch etwas zu haben, irgendwie findet doch eine Mehrheit in diesem Parlament, dass man sich überlegen soll, Mario Fehr, woran wir in Zukunft Subventionen bemessen. Wir haben jetzt von linker Seite ganz, ganz viel gehört; man wolle die Leute zwingen, viel zu arbeiten et cetera. Nein, es geht um etwas ganz anders: Wer freiwillig auf Arbeit verzichtet, die er problemlos leisten könnte, der soll nicht andere für sich arbeiten lassen. Genau da laufen wir früher oder später mit unserer Teilzeitkultur hinein. Das können wir uns nicht leisten. Wir müssen das Problem jetzt anschauen, bevor wir zu viele Menschen haben, die von diesem System profitieren, weil, dann werden wir es nicht mehr lösen können.

Ich erinnere an die Altersvorsorge; wir können die Altersvorsorge nicht mehr sanieren, weil wir zu viele Menschen haben, die davon profitieren. Das ist der Kern des Problems, weswegen wir uns in Bern im Kreis drehen. Das will ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen verhindern. Wir präsentieren nicht die Lösung. Wer jetzt schon weiss, dass sie bürokratisch ist, der traut dem Regierungsrat of-

fenbar sehr wenig zu. Aber wir zeigen mit dem Finger auf ein ganz offensichtliches Problem. Die Lösung, die Umsetzung, die macht die Exekutive. Du kannst einmal nachschauen, was «execute» heisst. Das ist umsetzen, oder? Das wäre dann deine Aufgabe. Dafür hast du auch Personal; wir haben leider kein Personal, das so etwas planen kann.

Noch zur Frage, ob das ein Negativanreiz ist für Freiwilligenarbeiten? Ich kann die Frage ganz einfach und empirisch beantworten: In Zeiten, in denen wir noch mehr gearbeitet haben, war es einfacher, Milizpersonal für Vereine zu finden. Das ist sicher nicht der Grund, weshalb wir heute in diesen Bereichen Probleme haben. Wenn du so etwas Sportlern erzählst, dann kannst du sicher sein, wir werden das richtigstellen.

Zu Selma L'Orange noch ganz kurz: Also, deine Aussage, wörtlich, «der Staat soll sich nicht in die private Lebensführung einmischen», die habe ich in ein Konfi-Glas gepackt. Ich werde sie bei Gelegenheit wieder rauslassen; der ist aus deinem Mund so schön zu hören.

Und zu Melanie Berner: Ja, wenn man keine Gegenargumente mehr hat, dann verdreht man halt die Forderungen, macht sich über einen Namen lustig oder schwadroniert vom Zürichberg. Ich wohne mit meiner Partnerin und drei Kindern in einer Fünfstübliwohnung in Witikon, in einer gemieteten Wohnung, nicht so wie Alt-AL-Stadtrat (*Richard Wolff*) in einer gekauften Wohnung. Das sind die Fakten. Besten Dank.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich habe mir schon gedacht, dass du dir deine Replik aufsparst. Deshalb habe ich auch etwas für dich vorbereitet (*Heiterkeit*). Weil, ich finde die Debatte wirklich interessant, wenn liberale Menschen über solche Dinge debattieren. Sie verlangen nicht zuerst gesetzliche Regelungen, bevor sie debattieren. Sie debattieren zuerst. Was unbestritten war: Die meisten dieser Forderungen wären auf Bundesebene zu regeln. Ich habe dir deshalb einen Vorschlag zur Güte. Ich glaube, es ist unbestritten, dass die meisten Regelungen auf Bundesebene zu lösen wären. Deshalb habe ich dir die Handy-Nummer des Präsidenten der freisinnigen Findungskommission für die Nationalratswahlen gegeben (*Heiterkeit*). Du kannst dich dort melden; reiche diesen Vorstoss auf Bundesebene wieder ein. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 230/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.